



## Rundbrief Nr. 4 – Juni 2025

Von Jennifer Koppelin - Jugendliche verteidigen Recht auf gesunde Umwelt  
Ein Personaleinsatz von Comundo

## Stärkung umwelttechnischer Kapazitäten und gendersensibler Partizipation in Perus Bergbauregionen



*Aufstellung zu geschlechtsspezifischen Erfahrungen beim Treffen des Comundo-Gender-Clusters im Mai 2025 in Cusco © Indira Corazao Alvarez*

Die peruanische Regierung hat Ernst gemacht: Im März 2025 wurde das sogenannte "APCI-Gesetz" im peruanischen Kongress eingebracht und verabschiedet. Kurze Zeit später wurde es im April 2025 von der Präsidentin Dina Boluarte offiziell unterzeichnet. Damit wird der Handlungsspielraum peruanischer Nichtregierungsorganisationen sowie Menschenrechts- und Umweltverteidiger\*innen weiter deutlich eingeschränkt. Bereits in meinem letzten Rundbrief berichtete ich von diesen Entwicklungen. Konkret bedeutet das Gesetz für unabhängige Organisationen und Medien, wie meine Partnerorganisation Red Muqui und unsere Mitgliedsorganisationen, dass sämtliche Aktivitäten, die internationale Finanzierung erhalten, künftig durch die Peruanische Agentur für Internationale Zu-

**Kontaktadresse** - [jennifer.koppelin@comundo.org](mailto:jennifer.koppelin@comundo.org)

Comundo entsendet Fachleute nach Kenia, Namibia, Sambia, Nicaragua, Kolumbien, Bolivien und Peru.

Ihre Spende ermöglicht diese Einsätze. Angaben zu Spendenmöglichkeiten finden Sie auf der letzten Seite.





## Rundbrief Nr. 4 – Juni 2025

Von Jennifer Koppelin - Jugendliche verteidigen Recht auf gesunde Umwelt  
Ein Personaleinsatz von Comundo

sammenarbeit (APCI) genehmigt werden müssen. Kritische Stimmen und Projektaktivitäten, die etwa Menschenrechts- oder Umweltrechtsverletzungen durch staatliche Akteure thematisieren, werden so verschärft kontrolliert und in ihrer Arbeit eingeschränkt. Die peruanische Regierung rechtfertigt das Gesetz mit dem Argument der Transparenz, für viele lokale Organisationen bedeutet es jedoch vielmehr politische Kontrolle und die gezielte Einschränkung kritischer Stimmen. So stehen auf Verstöße gegen die neuen Vorgaben hohe Strafen.

Für eine bessere Einordnung und weitere Details zum APCI-Gesetz möchte ich auf ein kurzes Interview mit dem Geschäftsführer des Red Muqui, Jaime Borda, am Ende dieses Rundbriefs verweisen.

## Ein bewegtes erstes Halbjahr

Seit meinem letzten Rundbrief im Dezember 2024 ist einiges passiert - beruflich wie privat war ich viel unterwegs und eingebunden. Die Zeit ist dabei wie im Flug vergangen. Umso mehr freue ich mich, auf den nächsten Seiten von ausgewählten Aktivitäten und Fortschritten der letzten Monate beim Red Muqui zu berichten.

## Institutioneller Genderprozess

Im Rahmen unseres internen Genderprozesses beim Red Muqui wurde von der Mitgliederversammlung im Februar dieses Jahres die interne Gender Policy verabschiedet, die wir im letzten Jahr erarbeitet haben. Damit haben wir nun eine klare Richtlinie für unsere internen Strukturen, aber auch für die Aktivitäten und Arbeit mit unseren Zielgruppen in den Bergbauregionen Perus. Natürlich reicht die Verabschiedung allein nicht aus. Entscheidend ist nun die konkrete Umsetzung der festgelegten Ziele und Richtlinien. Dazu braucht es beispielsweise interne Weiterbildungen sowie eine kontinuierliche Begleitung des Veränderungsprozesses.



*Bei der Verabschiedung der internen Gender Policy*

Ein nächster Schritt ist die Entwicklung eines Handbuchs, das wir derzeit gemeinsam mit der Genderarbeitsgruppe des Red Muqui erarbeiten. Dieses Handbuch soll die inhaltlichen und methodischen Erfahrungen der Mitgliedsorganisationen im Bereich Gender systematisieren, um als praxisorientierte Grundlage für die Arbeit der Mitgliedsorganisationen zu dienen.

Aufgrund unserer Erfahrungen in der Begleitung des institutionellen Genderprozesses hatten meine Kollegin Lilian und ich im Mai die Gelegenheit, unsere Gender Policy im Rahmen eines Treffens des Comundo-Gender-Clusters vorzustellen. Ein Cluster beschreibt bei Comundo Aktivitäten, die gemeinsam von mehreren Partnerorganisationen geplant und umgesetzt werden. Neben der Vorstellung unseres Genderprozesses und der Policy konnten die Comundo-Partnerorganisationen bei dem Treffen gemeinsame Bedarfe im Bereich Gender identifizieren. Auf dieser Grundlage haben wir einen Aktivitätenplan für das Gender-Cluster für das laufende Jahr entwickelt. Die gemeinsame Planung und der Erfahrungsaustausch bilden eine solide Grundlage, um das Thema Gender in den kommenden Monaten auf Comundo-Ebene weiter zu vertiefen sowie gezielte Maßnahmen und Weiterbildungen diesbezüglich umzusetzen.



## Rundbrief Nr. 4 – Juni 2025

Von Jennifer Koppelin - Jugendliche verteidigen Recht auf gesunde Umwelt  
Ein Personaleinsatz von Comundo

### Kapazitätsaufbau

Unsere Mitgliedsorganisation Derechos Humanos Sin Fronteras (DHSF) aus Cusco organisierte im April den ersten Teil eines Fortbildungsprogramms zu rechtlichen und umwelttechnischen Themen für Vertreter\*innen von Gemeinde- und Basisorganisationen aus den Provinzen Espinar und Chumbivilcas. In diesem Rahmen reiste ich zu zwei Workshops in die jeweiligen Provinzhauptstädte, um die Veranstaltungen zu den Themen Umweltverträglichkeitsstudien, Bergbaukonzessionen und der Erstellung von Karten mithilfe von geographischen Informationssystemen inhaltlich sozial und umwelttechnisch zu unterstützen. Die Workshops ermöglichten durch ihren partizipativen Ansatz einen direkten Austausch mit den Teilnehmenden und boten Raum, um die Bergbauproblematik in den jeweiligen Kontexten vertieft zu diskutieren. Sowohl Espinar als auch Chumbivilcas sind emblematische Bergbauregionen im Süden des Landes.



*Erster Workshop des Fortbildungsprogramms von DHSF in Yauri, Espinar © Jennifer Koppelin*

In der Provinz Espinar wird bereits seit über 40 Jahren im großen Stil Kupfer abgebaut. Derzeit ist die Antapaccay-Mine der Firma Glencore mit Sitz in der

Schweiz eines der größten Kupferabbauprojekte weltweit. Kupfer ist ein wichtiger Rohstoff für die Energie- und Mobilitätswende in den Ländern des globalen Nordens. Dabei hat der Kupferabbau jedoch schwerwiegende Folgen auf die Ökosysteme und die Gesundheit der lokalen Bevölkerung in den Abbauregionen wie Espinar. So weisen mehrere unabhängige Studien auf die Präsenz von Schwermetallen im Blut und Urin der betroffenen Bevölkerung im Einflussgebiet der Antapaccay-Mine hin. Darüber hinaus bestätigen Berichte von staatlichen Institutionen die Kausalität der Bergbauaktivitäten von Antapaccay und der Kontamination der Wasserquellen in der Region. Aufgrund der schwachen Institutionalität in Peru übernehmen weder das Bergbauunternehmen noch der Staat die Verantwortung für die genannten Folgen. Vielmehr war es dem Unternehmen möglich, seine Aktivitäten in Espinar sogar noch zu erweitern. All dies geschieht im Kontext der weltweit wachsenden Nachfrage nach Kupfer und anderen Metallen für die Energie- und Mobilitätswende im globalen Norden und wird mit einem vermeintlichen Versprechen von Wohlstand und Fortschritt gerechtfertigt.



*Zweiter Workshop des Fortbildungsprogramms von DHSF in Santo Tomás, Chumbivilcas © DHSF*



## Rundbrief Nr. 4 – Juni 2025

Von Jennifer Koppelin - Jugendliche verteidigen Recht auf gesunde Umwelt  
Ein Personaleinsatz von Comundo

Auch in Chumbivilcas gibt es bekannte Bergbauprojekte wie beispielsweise die Mine Constancia des kanadischen Unternehmens Hudbay oder das Projekt Crespo des peruanischen Unternehmens Apumayo. In beiden Fällen existieren Konflikte zwischen den ansässigen Gemeinden und den Bergbauunternehmen aufgrund der ökologischen, sozialen und kulturellen Auswirkungen. Zugleich gewinnt informeller oder illegaler Kleinbergbau in der Provinz immer mehr an Bedeutung. Eine Kollegin meinte einmal, wenn schon Großbergbauprojekte Umwelt- und Menschenrechtsstandards nicht einhalten können, dann ist dies beim Kleinbergbau noch unwahrscheinlicher. Jedoch ist der Kleinbergbau ein komplexes Thema in der Region, da sich viele Gemeinden an diesen Aktivitäten beteiligen, um sich gegen die historische Ausgrenzung und Armut zu wehren.



*Informeller Kleinbergbau am Straßenrand auf dem Weg von Santo Tomás, Chumbivilcas nach Cusco © Jennifer Koppelin*

Das vermittelte Wissen und der Austausch im Rahmen lokaler Prozesse zum Kapazitätsaufbau, wie etwa durch das Fortbildungsprogramm von DHSF, leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung von lokalen Gemeinden und Basisorganisationen sowie zum Schutz und der Verteidigung ihrer individuellen und kollektiven Rechte

in den Bergbauregionen Perus. An diese lokalen Prozesse setzt auch das Fortbildungsprogramm „Escuela Muqui“ des Red Muqui an. Bei diesem werden in der zweiten Jahreshälfte auch Vertreter\*innen aus Espinar und Chumbivilcas teilnehmen. Über die Planung und Umsetzung der Escuela Muqui 2025 werde ich im kommenden Rundbrief ausführlicher berichten.

## Abschluss

Beim Verfassen der Rundbriefe wird mir immer wieder bewusst, wie herausfordernd es ist, die Komplexität und Vielfalt der Arbeit des Red Muqui und meines Einsatzes auf wenigen Seiten zusammenzufassen. Es gibt so viele weitere Fälle, die wir begleiten, Themen, die wir bearbeiten und Veranstaltungen, die wir organisieren.

Außerdem arbeiten wir in meinem Fachbereich weiterhin an der finalen Veröffentlichung des Forschungsprogramms zu Alternativen zum Extraktivismus, begleiten die lokalen Agenden von Basis- und Frauenorganisationen und haben in den letzten Monaten intensiv an einem Projektantrag mit Genderfokus gearbeitet. Mit der Zeit - und mittlerweile nach mehr als der Hälfte meines Einsatzes als Fachkraft - verstehe ich die komplexen Prozesse und Herangehensweise des Red Muqui und seiner Mitglieder immer besser. Von daher blicke ich trotz aller Herausforderungen, die der Arbeitskontext beim Red Muqui und die politische Situation in Peru bieten, gespannt auf die kommende Zeit.

Zum Abschluss folgt auf den kommenden Seiten nun das Interview mit Jaime Borda, dem Geschäftsführer des Red Muqui, zur Einordnung und Bedeutung des neuen APCI-Gesetzes.

Herzliche Grüße und bis bald

Jenni Koppelin



## Rundbrief Nr. 4 – Juni 2025

Von Jennifer Koppelin - Jugendliche verteidigen Recht auf gesunde Umwelt  
Ein Personaleinsatz von Comundo

## "Das Ziel ist letztlich politischer Natur und besteht darin, kritische Organisationen zu sanktionieren oder zum Schweigen zu bringen."

*Interview mit Jaime Borda, dem Geschäftsführer des Red Muqui, über die Absicht und die Folgen des neuen APCI-Gesetzes:*



Jaime Borda © Red Muqui

### Was ist das APCI-Gesetz und welche Ziele verfolgt es?

In Peru existierte bereits ein Gesetz zur Regelung der internationalen Zusammenarbeit, das sogenannte APCI-Gesetz. Was vom Kongress verabschiedet und von der Exekutive in Kraft gesetzt wurde, ist eine Überarbeitung des APCI-Gesetzes. Es nimmt mehrere Änderungen am vorherigen Gesetz vor, erweitert die Befugnisse der peruanischen Agentur für internationale Zusammenarbeit (APCI) und hat neben den Änderungen in mehreren Artikeln auch eine politische Absicht, die darauf abzielt, die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organi-

sationen, insbesondere Nichtregierungsorganisationen (NGO), zu kontrollieren und zum Schweigen zu bringen. Es führt mehrere sehr besorgniserregende Artikel ein, die gegen die Rechtsstaatlichkeit in Peru sowie in Lateinamerika und der Welt verstoßen. Dazu zählen das Recht auf Vereinigung und das Recht, Mittel aus der internationalen Zusammenarbeit zu erhalten. Das Gesetz schreibt nun vor, dass alle Gelder aus der internationalen Zusammenarbeit, die über NGOs fließen, registriert und wiederum von der APCI genehmigt werden müssen.

Zudem bestimmt das Gesetz, dass die APCI die Instanz ist, die auf Grundlage der nationalen Entwicklungsvision entscheidet, welche Projekte gefördert werden dürfen und welche nicht. Auch gibt es Formulierungen, die der Regierung auf Missfallen stoßen, wie z.B. Gleichheit, Gender, Feminismus, Menschenrechte, politische Gewalt, Umweltschutz. Wenn also ein Beamter nach eigenem Gutdünken sagt: „Der Titel dieses Projekts gefällt mir nicht“, dann kann er es unter Beobachtung stellen.

Ebenso besagt das neue Gesetz, dass alle Organisationen, die internationale Fördermittel erhalten, bei APCI registriert sein müssen. Bis vor kurzem war diese Registrierung nicht obligatorisch, weil es ein Urteil des Verfassungsgerichts gab, das besagte, dass sie nicht notwendig sei.

Ein weiterer besorgniserregender Artikel besagt, dass die Mittel der internationalen Zusammenarbeit nicht verwendet werden dürfen, um den peruanischen Staat auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene zu verklagen oder Opfer zu beraten oder rechtlich zu vertreten. Dies betrifft besonders Fälle, die viele Menschenrechtsorganisationen zugunsten der Opfer der politischen Gewalt und der Opfer der Unterdrückung der Regierung von Dina Boluarte in den Jahren 2022-2023 oder Fälle von Verfassungsklagen gegen den Staat wegen unterlassener vorheriger Konsultation oder wegen Umweltverschmutzung verhandeln oder beraten. Das ist eine Absurdität und ein



## Rundbrief Nr. 4 – Juni 2025

Von Jennifer Koppelin - Jugendliche verteidigen Recht auf gesunde Umwelt  
Ein Personaleinsatz von Comundo

juristischer Irrweg. Es ist das legitime Recht jeder Person, sich an eine Instanz wie eine NGO zu wenden, um sich beraten zu lassen, insbesondere, wenn die Person nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügt. In der Praxis stehen also viele Verantwortliche, viele Opfer und viele Organisationen schutzlos da. Das Ziel ist letztlich politischer Natur und besteht darin, kritische NGOs zu sanktionieren oder zum Schweigen zu bringen.

### **Welche politischen Akteure oder Machtgruppen haben in diesem Sinne die Verabschiedung des neuen APCI-Gesetzes vorangetrieben und gefördert?**

Im peruanischen Kongress wird das Gesetz schon seit Langem vorangetrieben. In den letzten Jahren hat sich dort eine Koalition und enge Allianz zwischen den Fujimoristas der Partei Fuerza Popular sowie weiteren konservativen Parteien wie Renovación Popular, Avanza País und APP gebildet. Auch Peru Libre, einst eine linksgerichtete Partei, hat sich dieser Allianz angeschlossen. Der Präsidentin Dina Boluarte kommt das Gesetz ebenfalls sehr gelegen. Als der Kongress das Gesetz verabschiedete, hielt sie eine Pressekonferenz, was sehr selten vorkommt, mit der klaren politischen Absicht zu sagen: Seht her, wir haben euch unter Kontrolle, wir werden eure Arbeit kontrollieren.

Hinzu kommt, dass es Medien gibt, die mit der Regierung und dem Kongress verbündet sind, und denen die kritische Rolle der NGOs nicht gefällt. Gleichzeitig existieren unabhängige, kritische Medien, die sehr wichtige Arbeit leisten, indem sie anprangern, was die Regierung tut. Viele dieser alternativen Medienorganisationen sind ebenfalls durch die internationale Zusammenarbeit finanziert, da es sehr schwierig ist, in Peru mit objektivem Journalismus zu überleben. Denn entweder gibt der Staat oder der Privatsektor Geld, aber nur unter bestimmten Bedingungen. So werden auch die Nachrichtenorganisationen in ihrem Recht, wahrheitsgemäß und objektiv zu berichten, eingeschränkt. Sowohl die Legislative als auch die Exekutive sowie einige Wirtschaftsverbände haben ein Interesse daran, die kritische Arbeit der NGOs und

Medienorganisationen zu beschränken.

### **Wie wirkt sich das neue Gesetz auf die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen und auf unsere Arbeit als Red Muqui aus, insbesondere bei Menschenrechts- und Umweltthemen?**

Es wird unsere Arbeit auf verschiedene Weise betreffen. Die erste ist die Selbstzensur. Das bedeutet, dass viele NGOs anfangen werden, auf ihre Rhetorik zu achten. Denn wer dieser Regierung gegenüber zu kritisch ist, wird ins Visier genommen und kann kontrolliert werden.

Zweitens müssen, wie bereits erwähnt, alle Gelder für die internationale Zusammenarbeit, die an Organisationen fließen, von der APCI geprüft und genehmigt werden. Das kann jedoch dauern, denn das Gesetz legt keine Genehmigungsfrist für ein Projekt fest, sie kann also einen Monat, eine Woche, drei Monate oder sogar ein Jahr betragen. So haben wir keine Garantie dafür, dass diese Gelder auch tatsächlich fließen.

Drittens können Projekte auch abgelehnt oder verweigert werden. Im Fall des Red Muqui sind wir bei APCI eingetragen, verfügen über alle erforderlichen Unterlagen, werden jedes Jahr geprüft und haben auf die an uns gestellten Anforderungen reagiert. Doch mit dem neuen Gesetz können selbst kleinste Fehler zu hohen Strafen führen die von 5 bis 20 UITs reichen. Das sind Steuereinheiten und können eine Geldstrafe von 20.000 bis 200.000 Soles bedeuten. Diese Bußgelder sind unerschwinglich, und wenn die Organisationen sie nicht aufbringen können, müssen sie ihre Arbeit einstellen.

Viertens: In vielen Fällen, in denen derzeit Rechtsbeistand geleistet wird, wird es wahrscheinlich nicht möglich sein, die Opfer weiterhin zu unterstützen, da das Gesetz, wie erwähnt, die Rechtsberatung in diesen Fällen untersagt. Viele Betroffene politischer Gewalt oder staatlicher Unterlassung werden dadurch schutzlos zurückgelassen. Es bleibt abzuwarten, wie dies gelöst



## Rundbrief Nr. 4 – Juni 2025

Von Jennifer Koppelin - Jugendliche verteidigen Recht auf gesunde Umwelt  
Ein Personaleinsatz von Comundo

wird, aber in diesem Fall wissen wir nicht, wie es sich direkt auswirken wird. Die Verabschiedung der entsprechenden Gesetzesbestimmungen steht noch aus. Erst diese Bestimmungen werden die Kriterien für die Anwendung des Gesetzes festlegen. Sie ist jedoch leider ein erheblicher Nachteil für uns, wenn wir unsere Arbeit zum Schutz und zur Verteidigung von Rechten fortsetzen wollen.

### **Welche Maßnahmen hat die Zivilgesellschaft als Reaktion auf diese Veränderungen ergriffen, um ihre Autonomie zu verteidigen?**

Die Zivilgesellschaft hat bereits mehrere Maßnahmen ergriffen. Als das Gesetz im vergangenen Jahr im Kongress diskutiert wurde, war eine der ersten Reaktionen, die Gesetzesinitiative öffentlich zu verurteilen. Dafür wurde bei den Botschaften gezielte Advocacyarbeit geleistet, da die Mittel für die internationale Zusammenarbeit letztlich aus dem Ausland kommen. So äußerten sich die Botschaften von Kanada und damals noch der Vereinigten Staaten mit großem Nachdruck, was den Fortschritt des Gesetzes etwas verlangsamte. Leider hat sich die geopolitische Lage in der Welt geändert. Donald Trump ist erneut Präsident der Vereinigten Staaten und USAID wurde geschlossen. All diese Entwicklungen haben die Kongressabgeordneten dazu ermutigt, das Gesetz schließlich doch dieses Jahr zu verabschieden.

Zudem haben wir Kommunikationskampagnen durchgeführt und auch internationale Gremien sowie die Vereinten Nationen haben sich zur Gefahr des Gesetzes geäußert. Auch die Europäische Union hat sich damals zu Wort gemeldet. Selbst die peruanische Exekutive hat den Kongress auf die Problematik aufmerksam gemacht, doch aufgrund der Mehrheitsverhältnisse, hört er nicht auf sie. Was nun folgt, sind konkrete rechtliche Schritte. Mehrere NGOs haben sich zusammengetan und Verfassungsklagen eingereicht. Solche Klagen können von jeder natürlichen oder juristischen Person eingereicht werden, wenn sie sich durch ein Gesetz in der direkten Ausübung ihrer Rechte beeinträchtigt sieht.

Eine dieser Klagen wurde bereits positiv angenommen, mit der Begründung, dass das Gesetz mehrere der oben genannten Rechte der klagenden Organisation einschränkt.

### **Was sind in Anbetracht der Risiken und Szenarien deine Visionen für die Zukunft und mögliche Strategien?**

Was derzeit in Peru passiert, ist kein Einzelfall, sondern betrifft weitere Länder, wie Nicaragua oder Guatemala. El Salvador hat vor kurzem ein Gesetz verabschiedet, das eine 30% Steuer auf NGOs vorsieht. Es zeichnet sich weltweit eine Tendenz ab, die Arbeit von NGOs und der Zivilgesellschaft sowie der Menschen, die sich für die Verteidigung von Menschenrechten einsetzen, effektiv zu reduzieren und einzuschränken. Wir befinden uns in einer Zeit, in der Grundrechte rückläufig sind, und zwar so sehr, dass wir gerade jetzt wieder grundlegende Rechte verteidigen müssen, das heißt, obwohl sich das Red Muqui mit Umweltfragen befasst, ist unsere Umweltagenda auf der Prioritätenliste nach hinten gerückt.

Wir müssen jetzt elementare Rechte wie das Leben, die Meinungs- und Redefreiheit verteidigen. Wir müssen andere Formen des Aktivismus und des zivilgesellschaftlichen Widerstands organisieren, um für Menschenrechte, Demokratie und das Leben einzustehen. Auch die Formen der internationalen Zusammenarbeit werden sich verändern. Wir beobachten bereits, dass die Mittel der internationalen Zusammenarbeit aus dem Globalen Norden zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Lateinamerika, Asien und Afrika drastisch gekürzt werden. Viele Länder priorisieren angesichts der vielen Krisen ihre eigenen Agenden. Ich denke also, dass wir in eine Phase eintreten, in der es notwendig sein wird, sich anders zu organisieren, um unsere Rechte zu verteidigen, und Peru ist von diesem Szenario nicht ausgenommen.



## Rundbrief Nr. 4 – Juni 2025

Von Jennifer Koppelin - Jugendliche verteidigen Recht auf gesunde Umwelt  
Ein Personaleinsatz von Comundo

## Gemeinsam für eine gerechtere Welt

Comundo ist die grösste Schweizer Organisation in der Personellen Entwicklungszusammenarbeit (PEZA). Derzeit sind fast hundert Fachleute in sieben Ländern des Globalen Südens im Einsatz. Sie arbeiten täglich eng mit Kolleg\*innen unserer lokalen Partnerorganisationen zusammen und suchen nach innovativen, nachhaltigen Lösungen, um Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zu bekämpfen. Wir setzen drei Hauptinstrumente ein: die Personelle Entwicklungszusammenarbeit, die Finanzierung von Projekten und die Förderung von Netzwerken.

Bei Comundo sind wir davon überzeugt, dass jeder von uns die Verantwortung mitträgt, gegen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten vorzugehen. Sich gemeinsam mit uns zu engagieren, ist eine konkrete Möglichkeit, einen Beitrag zu leisten. Gemeinsam können wir nachhaltige Veränderungen für eine gerechtere Welt bewirken.

Unsere Mission ist die Vernetzung, den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Menschen und Organisationen verschiedener Kontinente, Kulturen und Religionen zu fördern. Unsere Vision wird von der Überzeugung geleitet, dass eine Welt möglich ist, in der alle Menschen in Würde und Frieden zusammenleben. Auf diese Weise tragen wir zur Erreichung der Ziele der Agenda 2030 bei.

### Comundo

#### im RomeroHaus

Kreuzbuchstrasse 44

CH-6006 Luzern

Telefon: +41 58 854 12 13

[spenden@comundo.org](mailto:spenden@comundo.org)

[www.comundo.org](http://www.comundo.org)



**Ihre Spende  
in guten Händen.**

## Ihre Spende ist wichtig!

Die Kürzungen in der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit sind eine Realität, sowohl auf Schweizer als auch auf internationaler Ebene. Deshalb bitten wir alle Menschen, die an eine gerechtere Welt glauben, uns weiterhin zu unterstützen: Nur so ist unsere Arbeit möglich. Herzlichen Dank!

## Spendenkonto

PC 60-394-4

IBAN CH53 0900 0000 6000 0394 4

## Spenden aus Deutschland / Österreich

Postbank Stuttgart

IBAN DE14 6001 0070 0011 5877 00

## Jetzt mit TWINT spenden!



QR-Code mit der  
TWINT App scannen



Betrag und Spende  
bestätigen



**Scannen Sie diesen Code und besuchen Sie meinen  
Einsatz online!**

